

Pulsnitzer Wochenblatt

Verleger: 18. Tel.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz.

Bezirksanzeiger

und Zeitung

Postfach-Konto Dresden 2138. Giro-Konto 146
Bank-Konto: Pulsnitzer Bank, Pulsnitz

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungseinrichtungen hat der Bezirker keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — 1/2 monatlich M 5200.— bei freier Zustellung; bei Abholung 1/2 monatlich M 5000.—; durch die Post monatlich M 10000.— freibleibend.



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechsmal gesparte Zeitzeile (Moffe's Zeilenmesser 14) M. 1000.—, im Bezirke der Amtshauptmannschaft M. 800.—. Amtliche Zeile M. 3000.—, und M. 2400.—. Reklame M. 2000.—. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeiträumlicher und tabellarischer Satz mit 25 % Zuschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigen gebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlass in Anrechnung. — Familien-Anzeigen Ermäßigung.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz sowie der Gemeinderäte Großnaundorf und Weißbach.

Wappblatt und älteste Zeitung in den Ortshäufen des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz M. S., Bollung, Großhörnisdorf, Bretzig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Lohndorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf.
Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265. Druck und Verlag von E. L. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr) Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 78.

Dienstag, den 3. Juli 1923.

75. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Hierdurch wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß das von den städtischen Kollegien beschlossene Ortsgesetz für die Zivileinquartierung zur Ergänzung der Landesverordnung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vom 6. Januar 1921 von der Aufsichtsbehörde genehmigt worden ist und am 1. Juli 1923 in Kraft tritt.

Dieses Ortsgesetz liegt zu jedermanns Einsichtnahme in der Ratiskanzlei 14 Tage lang aus, sein wichtigster Paragraph Nr. 1 lautet:

1. Räume solcher Wohnungen, die im Verhältnis zur Zahl der Bewohner und zu der am Orte herrschenden Wohnungsnot nicht genügend ausgenutzt sind, können zur Unterbringung wohnungsuchender Personen auch ohne Abtrennung dieser Räume zu einer selbständigen Wohnung vom Stadtrat beschlagnahmt werden. (Zwangseinquartierung.) Eine Wohnung gilt als genügend ausgenutzt, wenn sie nur einen Wohnraum mehr enthält, als die Zahl ihrer Bewohner beträgt.

2. Wo Abtrennung ohne Aufwand unverhältnismäßig hoher Kosten möglich ist und es von den Beteiligten gewünscht wird, soll sie auf Wunsch der Beteiligten vorgenommen werden. Auf Ansuchen kann die Stadt eine Beihilfe hierzu gewähren.

3. Solche Räume, die der Wohnungsinhaber oder seine Angehörigen zur unmittelbaren Ausübung des Hauptberufes benötigen (z. B. Ärzte, Rechtsanwälte usw.), ferner die erforderlichen Diensträume und nicht ausgebauten Dachkammern bleiben bei der Berechnung außer Betracht. In soweit scheiden daher Diensträume bei der Berechnung der Zahl der Bewohner nach Abs. 1 aus.

4. Je nach Größe und Zahl der einbezüglichen Räume bemißt sich die Zuteilung der Zahl der Personen. In erster Linie sind verheiratete Personen unterzubringen. Steht nur ein Raum zur Verfügung, so können höchstens 2 Personen zugewiesen werden.

5. Wenn den im Wege der Zivileinquartierung beschafften Wohnungen das unbedingt notwendige Nebengelände fehlt und auf andere Weise nicht zu erlangen ist, so darf es, falls es dort entbehrt werden kann auch von den anderen Wohnungen desselben Hauses beschlagnahmt werden.

6. Für die Personen- und Raumzahl ist maßgebend der Stand zum Tage des Inkrafttretens des Ortsgesetzes. Nach diesem Zeitpunkt wird in der Regel nur jede Verminderung der Personenzahl und nur eine Vermehrung durch Geburt oder Heirat oder durch Aufnahme von Familienangehörigen berücksichtigt, ferner die Aufnahme von Untermietern, wenn der Wohnungsinhaber auf diesen Erwerb angewiesen ist, und schon bisher Wohnräume in gleichem Umfange an Untermieter abgegeben hat.

7. Wohnungsinhaber können sich von der Verpflichtung, in ihren Wohnungen Wohnungsuchenden Unterkunft zu gewähren, dadurch befreien, daß sie darin andere im Bezirke der Stadt Pulsnitz wohnende Familien freiwillig aufzunehmen und deren dadurch freiwerdende Wohnungen für Unterbringung von Wohnungsuchenden zur Verfügung stellen. Die gleiche Verfügung kann Wohnungsinhabern zugestanden werden, die auf andere Weise Räume für Kleinwohnungszwecke beschaffen und zur Verfügung stellen, die sonst für solche Zwecke nicht herangezogen werden könnten. In diesen Wohnungen müssen aber mindestens soweit Familien untergebracht werden können, als die Wohnungsinhaber bei sich aufzunehmen verpflichtet wären.

8. Der Zivileinquartierung unterliegen nicht Wohnungen in Gebäuden, die nach dem 1. Februar 1921 ohne Zuschuß aus öffentlichen Mitteln errichtet worden sind.

9. Öffentliche, in dem Eigentum oder der Verwaltung des Reiches oder eines Landes oder in dem Eigentum oder der Verwaltung einer Körperschaft des öffentlichen Rechts stehende oder religiösen oder anerkannt gemeinnützigen Zwecken dienende Gebäude dürfen ganz oder teilweise nur mit vorheriger Zustimmung der zuständigen obersten Reichs- oder Landesbehörde in Anspruch genommen werden.

10. Die Zustimmung ist bei der Behörde oder Stelle zu beantragen, deren Zwecke das beanspruchte Gebäude zur Zeit dient.

Pulsnitz, am 2. Juli 1923.

Der Rat der Stadt.

Der von der Kreishauptmannschaft Bautzen mit dem Kreisausschusse genehmigte X. Nachtrag für die Benutzung der städtischen Wasserleitung wird nachstehend zur öffentlichen Kenntnis gebracht. Vom 1. Juli 1923 beträgt der Wasserzins hiernach 200 M für einen Kubikmeter.

Gleichzeitig weisen wir darauf hin, daß der Wasserzins auf das 1. Rechnungsvierteljahr 1923 am 1. Juli 1923 fällig geworden ist.

Das Mahnverfahren beginnt am 15. Juli 1923.

Pulsnitz, den 3. Juli 1923.

Der Stadtrat.

X. Nachtrag

zur Sagung für die Benutzung der städtischen Wasserleitung zu Pulsnitz.

§ 14a erhält folgende Fassung:

Zur Deckung des Mehrbedarfs des Wasserwerks wird von den beteiligten Grundstücksbesitzern zu den in §§ 11 und 14 der Sagung in der Fassung des 7. Nachtrages festgelegten Sätzen ein Zuschlag von 1900 Prozent erhoben.

II.

Dieser Nachtrag tritt mit dem 1. Juli 1923 in Kraft.

Pulsnitz, am 20. Juni 1923.

Der Stadtrat.

(Stpl.) Rannegleber, Bürgermeister.

Die Stadtverordneten.

(Stpl.) Walther Rier, Vorsteher.

IV 22 P. Von der Kreishauptmannschaft mit dem Kreisausschusse genehmigt.

Bautzen, am 29. Juni 1923.

Kreishauptmannschaft.

(Stpl.) v. Noftis-Wallwis.

Enteignung.

Das Ministerium des Innern hat auf Grund von § 67 unter a und e des Allgemeinen Baugesetzes vom 1. Juli 1900 beschlossen, die Enteignung der zur Verbreiterung und Beschleunigung der früheren Kamener Straße in Pulsnitz erforderlichen Teile der dem Alred Eugen Pampel und dem Gustav Hermann Ehrig in Pulsnitz gebhörigen Grundstücke Parz. Nr. 401 und 401 d des Flurbuchs für Pulsnitz nach Maßgabe des vorgelegten Planes zu genehmigen.

Pulsnitz, den 3. Juli 1923.

Der Stadtrat.

Im Auftrage des Ministeriums des Innern.

Das Wichtigste.

Die große Rheinbrücke Duisburg — Hochfeldt ist mutmaßlich durch die Explosion eines Gasbehälters gesprengt worden; 9 belgische Soldaten haben dabei den Tod gefunden.

Das französische Kriegsgericht in Werden sprach zwei französische Geiselnhändler frei.

Das französische Kriegsgericht in Mainz verurteilte wegen bedauerlicher Missetaten sieben junge Angeklagte zum Tode und zwei zu Freiheitsstrafen.

Die Stadt Essen steht hinsichtlich der Lebensmittelversorgung vor einer Katastrophe.

Der Pfälzer Turnern ist vom französischen Kommando die Teilnahme am Deutschen Turnfest in München verboten worden.

Für 20 Goldmark werden von heute ab 550 000 Papiermark gezahlt.

Die schwebende Schuld des Deutschen Reiches nahm in der zweiten Junidekade um 2514,2 Milliarden auf 14357,9 Milliarden Mark zu.

In einem Rundschreiben an die Landesregierungen empfiehlt das Reichswirtschaftsministerium strenge Handhabung bei der Erteilung von Erlaubnisscheinen zum Deviankauf.

Dem sächsischen Landtag ist nunmehr der Gesetzentwurf über die unentgeltliche Totenbestattung zugegangen.

Die Nennungsfahr in den sächsischen Wäldern kann dank der systematischen Bekämpfung zur Zeit als beendet gelten.

Der deutsch-englische Kirchenauschuß beschäftigt sich eingehend mit der Schulfrage. Er war einmütig der Auffassung, daß eine weitere Verzögerung der Verhandlungen über das Reichsschulgesetz unerträglich sei.

Die französische Zeitung „Le Nouvelle“ vertritt die Ansicht, nicht der deutsche Einfluß, sondern das englische Foreign Office habe durch eine rege Tätigkeit in Rom den Schritt des Papstes veranlaßt.

Wie aus der venezolanischen Hauptstadt Carracas gemeldet wird, ist der Ministerpräsident der Republik Juan Gomez am Sonnabend in seinem Bett ermordet worden. Ueber den Täter und die Ursache des Mordes fehlt jede Spur.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Die Gründung der „Heberlandkraftwerke Pulsnitz, Aktiengesellschaft in Pulsnitz“) hat am vergangenen Mittwoch, den 27. Juni 1923, im Ratshausssaale stattgefunden. Die Aktiengesellschaft hat in der Hauptsache zum Gegenstand den Erwerb und die Fortführung des Elektrizitätswerkes der Stadt Pulsnitz. Ihre Gründung bezw. die Umwandlung des städtischen Elektrizitätswerkes in eine Aktiengesellschaft erfolgte in der Hauptsache um deswillen, weil ein auf kaufmännischer Basis ruhendes Unternehmen leichter in der Lage ist, das für die Fortführung des Betriebes erforderliche Betriebskapital zu beschaffen, ferner, weil die Betriebsführung des Werkes beweglicher gestaltet werden sollte und schließlich, weil die Kapitalbeschaffung mit Rücksicht auf deren Höhe nicht mehr im Wege der von der Gemeinde aufzunehmenden Anleihen erfolgen konnte, sondern dies im Wege der Ausgabe von Aktien erfolgen mußte. Gerade letzterer Umstand bietet den Vorteil, daß eine Belastung des Werkes bezw. der Stadtgemeinde durch größere Anleihen nicht mehr erfolgt und daß diejenigen Personen, welche durch den Erwerb von Aktien dem Werke ihre Geldmittel zur Verfügung stellen, kein sich ständig gleichbleibendes Forderungsrecht an das Werk haben, sondern in gewissem Sinne Mit Eigentümer des Werkes werden und somit an dessen Gewinn beteiligt sind, gegebenenfalls aber auch seine Verluste mit tragen müssen. — Die Aktiengesellschaft ist nach dem Stande vom 1. Oktober 1922 mit einem Grundkapital von 20 Millionen Mark gegründet worden. Bis auf 4 Aktien sind sämtliche Aktien im Besitze der Stadtgemeinde Pulsnitz verblieben. Der Wert der Aktien ist heute selbstverständlich ein eminent hoher. Sobald die Formalitäten hinsichtlich der Gründung der Aktiengesellschaft (Prüfung durch das Finanzamt und die Handelskammer, sowie Eintragung in das Handelsregister) abgeschlossen sind, wird die Aktiengesellschaft neue Aktien zu einem noch festzusetzenden Kurs ausgeben, um für Erweiterungsarbeiten des Werkes das erforderliche Kapital beschaffen zu können. — Die Gründer der Aktiengesellschaft sind folgende Personen: 1. Die Stadtgemeinde Pulsnitz, vertreten durch ihren Bürgermeister. 2. Der Gemeindeverband für Beteiligung am Elektrizitätswerk Pulsnitz, vertreten durch Herrn Bürgermeister Lehmann, Königsbrück. 3. Die Girozentrale

Sachsen, öffentliche Bankanstalt in Dresden, vertreten durch ihr Vorstandsmitglied Herrn Bürgermeister a. D. Hagemann in Dresden. 4. Herr Fabrikbesitzer Georg Schulz in Pulsnitz. 5. Herr Standesherr Dr. jur. Naumann auf Schloß Königsbrück. Der erste Aufsichtsrat der Aktiengesellschaft setzt sich aus denselben Personen zusammen, welche die Gründung der Aktiengesellschaft vorgenommen haben, mit dem Unterschiede, daß außerdem dem Aufsichtsrate noch angehört Herr Stadtrat Paul Lindner in Pulsnitz. Vorstehender des Aufsichtsrates ist bis auf Weiteres Herr Bürgermeister Rannegleber in Pulsnitz, sein Stellvertreter Herr Stadtrat Paul Lindner in Pulsnitz.

Pulsnitz. (Beurlaubung) Herr Bürgermeister Rannegleber ist vom 5. bis mit 8. Juli d. J. und vom 16. Juli bis mit 4. August d. J. beurlaubt. Seine Stellvertretung erfolgt wie früher bekanntgegeben.

Pulsnitz. (Schulkonzert) Der Kartenverkauf beim Schulkonzert ergab 300 000 M Einnahme. Da noch besondere Zuwendungen in Geld gemacht worden sind und die Unkosten durch Stiftung von Papier und Druck und unentgeltlicher Tätigkeiten gering waren, sind der Schule 572 000 M zugeflossen. Allen Gönnern und Helfern herzlichsten Dank!

Pulsnitz. (Polizeibericht) Infolge Verlegung des Gendarmerte-Hauptwachmeisters Hermann IV sind nunmehr alle in der Stadt Pulsnitz, sowie in der Gemeinde Pulsnitz M. S. mit Ortsteil Bollung vorkommenden Strassen beim Kriminal-Hauptwachmeister Köllig, hier, Bischofswerdener Straße 213b, oder beim Gendarmerte-Kommissar Holzweißig in Friedersdorf anzuzeigen.

(Todesfall) An Herzlähmung verstarb am Sonnabend in Bautzen der dortige Bezirksarzt Herr Regierungs-Medizinalrat Dr. med. Hugo Sauer im Alter von 65 Jahren. Der Heimgegangene wollte am 1. Juli in den Ruhestand treten. Tags vorher,

zusammenhalten. Alle schwerer das monatlich auch geht, es muß gehen. Kleine Freunden müssen wieder bereitet, es muß gehen. Kleineren Freunden muß auch noch bereitet, es muß gehen. Kleineren Freunden muß auch noch bereitet, es muß gehen.

machen darf aber nicht. So als schlichter Handwerker seit 1508 hier Bauer und bewachsen Ditschker verbleibe bis in den Tod ihr getreuer Hinterscher

hannoverberg; bei „Sanit. Martinus Stollen“ ab der „St. Paulinus Stollen“. Dies bezeugen noch, wie ein anno 1870

sch, wenn nicht aus Gott.

(Steward.)

am letzten Tage seiner Berufstätigkeit, den er benutzen wollte, sich an den zuständigen Stellen zu verabschieden, raffte ihn der unerbittliche Tod plötzlich hinweg. Herr Dr. med. Sauer war früher als praktischer Arzt in Pulsnitz und dann in Dresden-Blasewitz tätig; am 1. Juni 1904 wurde er zum Bezirksarzt in Ramenz ernannt und am 1. Juli 1910 in gleicher Eigenschaft nach Baugzen versetzt. Der Entschlafene galt als kenntnisreicher Arzt und erfreute sich besonderer Achtung und Wertschätzung. — Die Beerdigung fand heute in Pulsnitz statt.

Pulsnitz. (Gemeinsamer Waldbegang.) Der Landesverband Sächs. Waldbesitzer hält nächsten Sonnabend, den 7. Juli, zur Erörterung forstlicher Tagesfragen und Besprechung örtlicher forstlicher Verhältnisse einen gemeinsamen Waldbegang auf Eistra-Kammerauer Revier ab. Zahlreiche Beteiligung von Waldbesitzern und Forstbeamten ist erwünscht. Treffpunkt früh 7³⁰ Bahnhof Rauschwitz bezw. 7⁰⁰ Forsthaus Göblau. Anmeldung an Forstamt Göblau bei Eistra (Feraruf Eistra 12).

— (Erhöhung der Gold- und Silberankaufspreise.) Der Ankauf von Gold durch die Reichsbank und Reichspost erfolgt vom 2. Juli bis auf weiteres zum Preise von 550 000 M für ein Zwanzigmarkstück, 275 000 M für ein Zehnmarkstück. Für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise bezahlt. Der Ankauf von Reichsilbermünzen durch die Reichsbank und Reichspost erfolgt bis auf weiteres zum 11 000 fachen Betrage des Nennwertes.

— (Die neuen Zeitungspreise.) Durch die enorme Papierverteuerung sind sämtliche Zeitungen zu bedeutend höheren Bezugspreisen, als sie bereits für den Postbezug vorgelesen waren, gezwungen. Das Hamburger Fremdenblatt fordert für Monat Juli 48 000 M, einen ähnlichen Preis werden die zweimal täglich erscheinenden Zeitungen in Berlin und Frankfurt nehmen. Die Dresdner Zeitungen kosten 20 000 bis 25 000 Mark, die Bittauer Morgenzeitung 20 000 M. Die Postbezieher, die bereits einen niedrigeren Bezugspreis vorausbezahlt haben, müssen also beträchtliche Nachzahlungen leisten.

— Juli. Nun steht schon Hoch-Sommer im Kalender, ohne daß wir überhaupt Frühling und Sommer gehabt haben. Ein so schlimmes, sommerliches Halbjahr wie dieses ist nicht mehr dagewesen, seit irgend ein Mensch der heutigen Generation am Leben weilt, und wir wollen nur hoffen, daß auch die Jüngsten unter uns einer so wärmelosen Sommer nicht nochmals erleben, in dem man zur Mitt-Sommerzeit so hat frieren müssen, daß man sich den warmen Ofen des Winters herbeigewünscht hat. Doch die Hoffnung ist es, die den Menschen aufrecht erhält, und so wollen auch wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß sich schließlich doch noch alles zum Besten wendet, daß der Juli nachholt, was Mai und Juni uns schuldig geblieben sind, und daß ein recht langer Hoch- und Nachsommer alle die Früchte in Feld und Flur reifen läßt, die bei dieser Kühle und Kälte nur erst eine dürftige Entwicklung zeigen. In normalen Jahren beginnt ja um die Mitte schon die Ernte des Roggens; daran können wir freilich vorläufig noch nicht denken, es sei denn, daß die Kälte nun plötzlich in ihr Gegenteil umschlägt und, was nicht einmal wünschenswert ist, nun großer Hitze das Feld räumt. Denn auch das Getreide bedarf zu seinem Gedeihen der stetigen natürlichen Entwicklung, und eine ver spätete Ernte kann sehr wohl, wenn die Witterung nur jetzt noch günstig wird, recht befriedigend ausfallen. Bauer wie Obstzüchter wünschen sich im Juli des Gedeihens der Ernte halber heißes und trockenes Wetter, und allerlei alte Sprüche und Bauernregeln bringen diesen Wunsch sinnfällig zum Ausdruck. Da heißt es: „Nur in der Juliglut wird Obst und Wein dir gut“ oder: „Im Juli großer Sonnenbrand ist allemal gut für Deut und Land“. Vor allem dürfen die Hundstage, die am 22. Juli beginnen keinen Regen bringen; fällt in sie doch die Haupterntezeit. Darum heißt es auch: „Wenn die Hundstage hell und klar, gibts ein gutes Erntejahr. Werden Regen sie bereiten, steht der Landmann schlechte Zeiten.“ Wir sehen in diesem Jahre die „schlechten Zeiten“ schon deutlich am Horizont drohen, es sei denn, daß die Hundstage in der Tat durch besonders günstiges Wetter wieder alles gut machen. Aber dann darf die Besserung nicht mehr lange auf sich warten lassen; sonst ist der Schaden überhaupt nicht wieder gut zu machen. Und so sehen wir denn in diesem Jahre dem Juli noch weit mehr als sonst mit der Hoffnung auf blauen Himmel, leuchtende Sonne und echte Hundstaghitze entgegen.

— (Mütterberatung.) Die Mütterberatung in Großnaundorf findet am Freitag, den 6. Juli, nachm. 3 Uhr in Büttners Gasthof statt. Arzt wird anwesend sein.

Ramenz. (Aufgegriffen) und noch abends in das hiesige Amtsgericht eingeliefert wurde gestern in Lehdorf der in Wiesa geborene Arbeiter Walter Robert Schäfer aus Eistra. Schäfer war am 22. v. M. auf dem Transport nach Baugzen zur Verbüßung einer Freiheitsstrafe von 1 Jahr 6 Monaten seinem Begleiter entwichen. Bei seiner gestrigen Wiederfestnahme gebärdete er sich wie ein Wüterker, sodas es großer Anstrengungen bedurfte, ihn zu überwältigen.

Ramenz. (Ueber Veränderungen im Landgendarmeriekorps) erfahren wir: Der Gendarmeriehauptwachmeister Herrmann in Pulsnitz

wurde zum Gendarmerieposten Bernstadt versetzt. An seine Stelle wurde der Polizeioberwachmeister Rößig baselbst in den staatlichen Kriminaldienst übernommen. Unter dem 1. Juli wird der Polizeiwachmeister Better in Ramenz in den staatlichen Kriminaldienst als Kriminaloberwachmeister übernommen und dem Gendarmerieposten Ramenz zugeteilt.

Dresden. (Erhöhung des sächsischen Lotterieleitens.) Infolge des immer weiteren Fortschreitens der Geldentwertung, die in der allgemeinen Preissteigerung ihren Ausdruck findet, hat sich die Lotterieverwaltung veranlaßt gesehen, auch bei der jetzt spielenden 183. Lotterie von der 3. Klasse ab den Lotterieleitensplan zu verbessern und Gewinne und Lospreis zu erhöhen; sie hat damit vor dem Vorbehalt in § 8 Abs. V der Allgemeinen Bestimmungen der Sächsischen Landeslotterie Gebrauch gemacht. Die Gewinnchancen sind der Geldentwertung in außerordentlicher Weise angepaßt worden und sehr günstig zu nennen. In der 3. Klasse tritt anstelle des Hauptgewinns von 5 Millionen Mark ein solcher von 15 Millionen Mark, in der 4. Klasse anstelle des Hauptgewinns von 6 Millionen Mark ein solcher von 20 Millionen Mark, während in der 5. Klasse der bisherige Höchstgewinn von 75 Millionen Mark (das sind 50 Millionen Mark Hauptgewinn zuzüglich 25 Millionen Mark Prämie durch einen Höchstgewinn im günstigsten Falle von 250 Millionen Mark ersetzt wird, der sich aus dem Hauptgewinn von 150 Millionen Mark und einer Prämie von 100 Millionen Mark ergeben kann. Auch die übrigen Gewinne sind entsprechend erhöht worden; so werden z. B. in der 5. Klasse außer dem erwähnten Hauptgewinn noch 2 Gewinne zu je 50 Millionen Mark, 2 Gewinne zu je 30 Millionen Mark, 5 zu je 12 Millionen Mark und 5 Prämien zu je 10 Millionen Mark ausgesetzt. Die sogenannten Einsatzgewinne betragen nunmehr in der 3. Klasse 96 000 M und in der 4. und 5. Klasse je 131 000 M. Der Lospreis für $\frac{1}{10}$ Klassenlos beträgt von der 3. Klasse ab 3 000 M. Besonders zu begrüßen ist es, daß trotz der erheblichen Verteuerung aller Untkosten die Lotterieverwaltung an dem von keiner anderen deutschen Klassenlotterie erreichten günstigen Verhältnis von reichlich 47 Prozent der Zahl der Gewinnlose zur allgemeinen Loszahl auch jetzt wieder festgehalten hat.

Dresden. (Dresdner Vogelweise.) Das große Vogelschießen der priv. Bogenschützengesellschaft beginnt Sonnabend, den 7. Juli, mit dem Aufziehen des Vogels. Am Freitag findet das Feuerwerk statt.

Glashütte. (Elbgausängerbundestag.) Für den 54. Elbgausängerbundestag in Glashütte sind nahezu 700 auswärtige Sänger bis jetzt angemeldet. Am Sonnabend findet der Begrüßungslommers statt.

Leipzig. (Abenteuerlustige Mädchen.) Zwei 15-jährige Schülerinnen der Frauenberufsschule, Gertha Bochmann und Mariha Edert aus Leipzig-Thonberg sind ihren Eltern durchgebrannt. Die Mädchen haben ihre Sonntagskleidung angezogen, sind zu Schulbeginn von zu Hause fortgegangen und seitdem verschwunden.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Berlin, 2. Juli. (Noch kein Metallarbeiterstreik in Berlin.) Die Vermittlungaktion im Metallarbeiterkonflikt vor dem Reichsarbeitsministerium hat bisher den Erfolg gehabt, daß der Beginn des Metallarbeiterstreiks, der für Montag zu erwarten war, hinausgeschoben worden ist. Von Seiten des Metallarbeiterverbandes wird jedoch darauf hingewiesen, daß der Streik sofort in Aktion treten würde, wenn die Streikleitung es für nötig ansieht.

Berlin, 2. Juli. (Verbotener Verkehr zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet.) Von heute Nacht zwölf Uhr bis zum 15. Juli ist jeglicher Verkehr bei Tag und Nacht zwischen dem besetzten und unbesetzten Gebiet strengstens untersagt.

— (Das Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten), das nach langen und mühsamen Beratungen vom Reichstag verabschiedet wurde, ist vom Reichsrat mit 48 gegen 13 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen abgelehnt worden. Hiermit ist einer der seltenen Fälle geschaffen, daß der Reichsrat gegen ein mühsam im Reichstag zustande gebrachtes Gesetz Einspruch erhebt. Der Einspruch des Reichsrates gründet sich darauf, daß der Reichstag den § 6 der Regierungsvorlage, wonach zur Behandlung von Geschlechtskrankheiten und Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane nur approbierte Ärzte zugelassen werden sollten, abgeändert hatte. Der Reichstag hatte einmal die Worte „Krankheiten oder Leiden der Geschlechtsorgane“ gestrichen und hatte zum anderen neben der Zulassung von Ärzten zur Behandlung akuter Geschlechtskrankheiten den Zusatz „... oder unter der verantwortlichen Leitung von ... oder unter der verantwortlichen Leitung von ...“ gemacht. Durch diese Abänderung hat das Gesetz nach der Stellungnahme des Reichsrates seinen eigentlichen Zweck verloren, sodas der Reichsrat, wie gesagt, Einspruch erhob. Es ist zu wünschen, daß der Reichstag sich nun dazu bequemt, die Regierungsvorlage in ihrer ursprünglichen Form wiederherzustellen.

— (Poincaré über schlägt sich allmählich in seinen Senatsreden.) Die letzte dieser Leistungen stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten. Sein allzuwildes Aufbegehren, seine geradezu wahnwitzigen Verdrehungen und nicht zuletzt sein widerliches Anklaffen gegen den Friedensschritt des Papstes und gegen die Ausgleichsbemühungen Englands, werden in aller Welt den Eindruck erwecken, daß er sich nur allzusehr getroffen und also unfröhlich fühlt und sich nicht anders mehr zu helfen weiß, als zu schimpfen, wie ein Apache in einem verurteilten Quartier. Bei einer so sich dokumentierenden Geistesverfassung des Gegners kann man mit einer ruhigen Gewißheit darauf rechnen, daß England in diesem Ringen zwischen Paris und London den endlichen Sieg davontragen wird, wenn es kalt und zäh bleibt.

Hamm, 2. Juli. (Die D. V. P. für Fortsetzung des passiven Widerstandes.) Zu einer eindrucksvollen Kundgebung gestaltete sich ein am vergangenen Sonntag in Hamm einberufene Vertrauensmännerversammlung der Deutschen Volkspartei für das Einbruchgebiet. Trotz aller Schwierigkeiten und Strapazen waren viele Hundert Delegierte aus neubesetzten Wahlkreisen zusammengelommen. Die von dem Reichstagsabgeordneten Dr. Stresemann und dem Landtagsabgeordneten Dr. Beidig gehaltenen Referate fanden reifliche Zustimmung. Der feste Wille unter allen Umständen im Widerstande zu verharren und einem gesteigerten Drucke Frankreichs eine gesteigerte Abwehr entgegenzusetzen und die entschiedene Ablehnung aller Versuche, diese Einigkeit zu beeinträchtigen, bildeten den Untergrund der eingehenden Aussprache. Unter lebhafter Zustimmung der anwesenden Vertreter wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

„Wir erklären, daß wir nicht aufhören werden mit aller Entschiedenheit und mit allen Mitteln den passiven Widerstand gegen den Rechtsbruch und die Gewalttätigkeiten französischer Machtpolitiker aufrechtzuerhalten und bis zu einer für das deutsche Volk erträglichen Lösung des Reparationsproblems durchzuführen. Je brutaler Frankreich der wehrlosen Bevölkerung des Ruhrgebietes den Fuß in den Nacken setzt, um so enger werden sich alle Schichten zu einer Notgemeinschaft zusammenschließen zum Kampfe für Wahrheit und Recht gegen Unrecht. Wir sind überzeugt, daß dieser Kampf zum glücklichen Ende nur dann gebracht werden kann, wenn ohne Unterschied der Partei das ganze Volk in entschiedener Abwehr zusammenhält. Wir fordern aber auch, daß gegen die elenden Gumpen, welche sogar im unbesetzten Gebiet ihr schamloses Treiben als Spiegel für unsere Feinde fortsetzen, sofort mit aller Rücksichtslosigkeit und den schärfsten Strafen vorgegangen wird. Wir bedauern auf das Lebhafteste, wenn aus innerpolitischen Gründen heraus Kreise der Deutschen Volkspartei und ihr nahestehende Kreise unserer politischen Lage dazu mißbrauchen, um systematisch die Deutsche Volkspartei und ihre Führer in oft verletzender Weise anzugreifen. Wir erblicken darin einen beklagenswerten Mangel an dem notwendigen nationalen Verantwortungsgesühl. Wir weisen alle diese Angriffe mit Entschiedenheit zurück und sprechen der Politik der Partei, insbesondere ihrem Führer Dr. Stresemann, unser Vertrauen aus.“

Belgien.

Brüssel, 2. Juli. (Eine schwere Frage.) Aus Brüssel wird gemeldet, daß der belgische Verteidigungsminister über die Duisburger Explosion am Dienstag in der Kammer eine Erklärung abgegeben wird, in der er mitteilen wird, welche Maßnahmen die Regierung ergreifen will, um die Attentate (!) zum Aufhören zu bringen.

Schweden.

Stockholm, 2. Juli. (Verlobung des Kronprinzen von Schweden.) In London hat sich Kronprinz Gustav Adolf von Schweden mit Louise Mountbatten, Tochter des Prinzen von Battenberg und seiner Gattin, der Prinzessin Viktoria von Hessen, verlobt.

Italien.

Rom, 30. Juni. (Die Faschisten zum Außersten bereit.) Der faschistische „Imperatore“ erklärt: Falls die Kammer die Wahlreform ablehnt und die Verfassung verworfen würde, seien die Faschisten zum Außersten bereit und ihre Miliz werde an diesem Tage ihr Nachtquartier in der Kammer aufschlagen, falls die Kammer gegen ihre Führer auftritt. 200 000 Gewehre liegen neben den Schwarzhemden bereit.

Rom, 3. Juli. (Die Spannung zwischen Rom und Paris.) In vatikanischen Kreisen macht man aus der diplomatischen Spannung, die infolge der Kundgebung des Papstes zwischen dem Vatikan und der französischen Regierung hervorgerufen worden ist, kein Hehl. Man weist jedoch darauf hin, daß die Botschaft des Papstes durchaus keinen französischen Charakter habe und daß sie ohne fremden Einfluß entstanden sei. Man hofft in Rom, daß in Frankreich und Belgien bald eine sachliche und besonnene Bewertung der päpstlichen Note Platz greifen werde.

England.

London, 30. Juni. (Wiederherstellung der Verbindung zwischen London und Paris.) Lord Curzon empfing den französischen Botschafter. Die Unterredung zwischen beiden Herren in Zusammenhang mit Pariser offiziellen Presseveranlassungen die heutigen Morgenblätter zu der Annahme, daß die Verhandlungen zwischen den beiden Kabinetten über die Regelung der Ruhrfrage wieder in Gang gekommen sind und daß nunmehr nach Lösung der belgischen Kabinettskrise mit einem schnellen Fortschreiten der Verhandlungen gerechnet werden kann.

Venezuela.

Caracoras, 2. Juli. (Der Präsident von Venezuela ermordet.) Der Vizepräsident von Venezuela, Juan Gomez, ist aus bisher unbekanntem Gründen ermordet worden.

Schweiz.

Genf, 2. Juli. (Die erste Sitzung des Völkerbundesrates.) Heute vormittag 11 Uhr trat der Völkerbund zu seiner ersten Sondertagung zusammen. Die Sitzung, die nicht öffentlich war, galt der Festsetzung der Tagesordnung. Vor allem entspann sich eine lebhafte Aussprache darüber, ob die Saarfrage öffentlich oder geheim behandelt werden solle. Während der englische Delegierte für die Öffentlichkeit der Verhandlung eintrat, war der französische Delegierte Hannotaz aus recht erklärten Gründen scharf dagegen. Die Entscheidung über die Öffentlichkeit oder Nichtöffentlichkeit wurde auf den Nachmittag verschoben. In der Nachmittagsitzung ist aber doch der Antrag Lord Curzon auf Öffentlichkeit der Verhandlungen durchgegangen. Die Saarfrage wird demgemäß morgen zum ersten Male öffentlich verhandelt.

Frankreich.

Paris, 2. Juli. (Englands Drohung an Frankreich.) Die heute von der „Daily Mail“ bestätigte Absicht, die englische Regierung würde mit Frankreich brechen, wenn Poincaré im Laufe dieser Woche nicht noch eine erschöpfende schriftliche Antwort auf die Frage der Foreign Office geben sollte, beherzigt die öffentliche Meinung. Die englische Presse ist nervös, schreibt der „Intransigent“. Im Allgemeinen zeigt aber die Pariser Presse eine recht erhebliche Zurückhaltung und auch am Quai d'Orsay schweigt man. Man erklärt, es liege noch keine amtliche Mitteilung vor. St. Anure spricht heute mit Lord Curzon. Der Erfolg dieser Besprechung muß erst abgewartet werden.

Die Lage in den besetzten Gebieten.

Die Zerfuzzungerscheinungen in der Besatzungsarmee.

Berlin, 30. Juni. Die Zerfuzzungerscheinungen innerhalb der Eindringstruppen, auf die wir schon wiederholt hingewiesen haben, scheinen größere Formen anzunehmen. Bei den Belgiern ist die Ursache hauptsächlich in den Unstimmigkeiten zwischen den Bläunen und Walonen zu suchen. Bei den Franzosen gewinnen mehr und mehr kommunistische und sonstige aufreizende Elemente am Boden. So hat ein in Oberhausen stehendes Bataillon des französischen Infanterieregiments Nr. 151 gemeutert. Auch eine in Wilfrath stehende kleine Abteilung mußte abtransportiert werden, weil sie den Gehorsam verweigert hatte. Bei einer drittens Abteilung hat sich ein Soldatenrat gebildet, der u. a. an den Kommandanten die Forderung stellte, die Offiziere sollten angewiesen werden, das gleiche Essen zu sich zu nehmen, wie die Mannschaften. Auch diese Truppen seien abgelöst worden und sollen sich ausschließlich auf dem Schießplatz bei Bonn befinden. Es ist festzustellen, daß zahlreiche nach Frankreich fahrende Züge Besatzungswagen mit sich führen, in denen die Häufel von Besatzungstruppen abtransportiert werden.

Verworfen Revision.

Paris, 30. Juni. Das Revisionsgericht verwarf die Revision der kürzlich verurteilten deutschen Grubenbetriebe, die vom Kriegsgericht in Werden verurteilt wurden, weil sie sich weigerten, die Kohlenlieferungen wieder aufzunehmen.

Am Ringelstein.

Eine Bauerngeschichte aus dem Saanus von Fr. Kibel.

11) Dann war Röschen aus dem Dorfe verschwunden, wie von der Barmet, einer Dorfkatzenkappe ersten Ranges, erfuhr, einen Dienst in Wiesbaden anzunehmen. Georg, der Bruder Röschen, war ihm finster ausgemittelt und hatte sich, als sie im Gasthaus zur „Stadt Wiesbaden“ zufällig einander zusammentrafen, bei Philipps Eintreten wie zufällig an den Tisch der alten Männer gesetzt.

Wie ein heißes Schamgefühl war es damals in ihm aufgestiegen. Georg Fürst, der von allen Burischen Westfalenamerikanerabkömmlingen gegen ihn gewesen, daß er sich gar keinen Hebreren Schwager hätte denken können — Georg wandte sich von ihm ab, gerade er, durch den er gebohrt hatte, Fühlung mit dem geliebten Mädchen zu behalten.

War es dieser Umstand, der ihn das Gasthaus zur „Stadt Wiesbaden“ meiden ließ, oder trug auch dazu bei, daß Marie Lenzinger ihn immer mehr zeigte, daß seine Werbung ihr willkommen sei?

Ein heimliches Gefühl überfiele ihn, wenn er sich ausmalte, dieses Mädchen als Frau heimführen zu sollen. Diese hellgrauen, eigentümlich flackernden Augen übten einen förmlich abschreckenden Eindruck auf ihn aus. In und Blick gar keine Rede sein konnte. Er pflegte deshalb nur zum Militär in Westerbahn verbrühen, in das Gasthaus zur Krone zu gehen.

So entging er den albernem Neckereien der Kameraden und zeigte der Wirtin deutlich genug, daß er sich nichts an ihr mache, dachte auch, daß Marie, wie es ihre Art war, sich mit einem anderen trüben werde, welche Voraussetzung aber — er wunderte sich selbst und fühlte sich doch etwas geschmeichelt —, dieses Mal sich nicht bemächtigete.

Vielmehr ließ ihn das Mädchen durch seine Freunde fragen, warum er denn garnicht mehr zu Lenzingers käme; ob sie ihn beleidigt hätte, er möge doch sagen, was er gegen sie habe, kurz, sie gebürdete sich, als wenn ein näheres Verhältnis zwischen ihr und dem Burchen bestünde.

Philippe beehrte deshalb den Tag des Einrückens zum Militär mit Freuden.

In drei Jahren ist die mannslehnarrig Urchel längst unter der Haub, brummte er in Gedanken vor sich hin, doch gaben ihn noch heute die seltsamen Worte seines Va-

Der Ausweisungsterror.

Bochum, 2. Juli. Im Laufe der vorigen Woche wurden durch die Franzosen insgesamt 32 Eisenbahner aus Bochum ausgewiesen.

Gefährdung der Lebensmittelversorgung des Ruhrgebietes.

Bochum, 2. Juli. Wie sehr die französische Besetzung die Lebensmittelversorgung im Ruhrgebiet schädigt, beweist folgende Tatsache: Durch die Franzosen wurden vor einigen Wochen die Verwaltungsgebäude der Stadtverwaltung in der Frankgasse besetzt. Das dort untergebrachte Lebensmittelager der Firma Hoppe wurde gleichfalls besetzt. Nach Wochen wurde das Lager wieder geräumt. Die dort lagernden Lebensmittel waren aber berast verborben, daß dem Vorkrieg ein Schaden von 345 Millionen Mark erwachsen ist.

Ein Brief aus dem Gefängnis.

Berlin, 2. Juli. Von befreundeter Seite wird der Telegraphen-Union ein Brief aus einem Gefängnis im besetzten Gebiet zahlreich inhaftierten Deutschen zur Verfügung gestellt, in dem es u. a. heißt: „Wir nehmen an, daß die Regierung bei den Verhandlungen als Erstes die Freilassung der politischen Gefangenen fordert. Wir sehnen uns alle nach einem günstigen und günstigen Abschluß. Ob es aber überhaupt zu einer Verständigung kommen wird, erscheint uns zweifelhaft. Wir hoffen stark, daß Deutschland nicht auf Frankreichs Angebote eingeht, lieber wollen wir hier dann noch weiterleben, nur nicht zu sehr erniedrigen lassen.“

Mangelhafter Erfolg.

Essen, 2. Juli. Trotz aller Anstrengungen der französisch-belgischen Eisenbahnregie ist es nicht gelungen, im Monat Juni die Transporte im wesentlichen zu steigern. Ihre Leistungen gehen nicht einmal über ein Drittel der von Deutschland vor dem Aufrücken der Freiwillig abgelieferten Kohlenmengen hinaus. Die Höchstzahl der Leistungen im Juni beträgt 1180 Waggons am 8. Juni. Das entspricht einer Menge von 17 500 Tonnen. Danach ist diese Biffer in den folgenden Tagen auf 245 Waggons heruntergegangen. Später hat sich der Transport allerdings gesteigert, ohne die im Juni erreichte Höchstzahl wieder zu erreichen. Der Abtransport von Rohle und Koks auf dem Wasserwege hat im Monat Juni die Menge von 20 000 Tonnen nicht überschritten.

Die Kruppwerke besetzt.

Auf den Kruppwerken in Essen wurden die Abteilungen Gießerei, Lokomotiv- und Waggonbau, sowie die Kesselanlagen und die elektrische Zentrale besetzt. Die Arbeiter in diesen Abteilungen sind an der Arbeit behindert. Es ist sich um eine dauernde Besetzung handelt oder um eine vorübergehende zur Vornahme von „Requisitionen“, steht noch dahin.

Explosion.

Paris, 30. Juni. Der Agentur Havas wird aus Duisburg berichtet: Heute nacht 2 Uhr explodierte auf der Linie Duisburg-Friemersheim in der belgischen Zone im Innern eines Wagens eines Urlaubszuges kurz nach der Ausfahrt aus Duisburg auf der Rheinbrücke eine Bombe. Der Wagen wurde vollkommen zertrümmert, neun belgische Soldaten wurden getötet und 25 schwer verletzt. Ein Waggonpolter, der die Brücke bewachte, wurde durch ein Eisenstück getötet. — Wie der Presse hierzu von unterrichteter Seite aus dem Ruhrgebiet mitgeteilt wird, können bei diesem Vorfall irgendwelche Sabotage- oder Sprengungsakte von deutscher Seite nach Lage der Dinge nicht in Frage kommen, da die Eisenbahnbrücke unter militärischer Bewachung steht. Ubrigens soll nach einer späteren Duisburger Meldung der Agentur Havas das Unglück durch die Explosion eines Gasbehälters verursacht worden sein.

Duisburg, 30. Juni. In dem Eisenbahnunglück auf der Hochfelder Eisenbahnbrücke wird ergänzend noch folgendes mitgeteilt: Die Explosion des Sprengkörpers erfolgte morgens um 2 Uhr auf

der Brücke zwischen Duisburg und Rheinhausen in einem Abteile eines mit belgischen Soldaten besetzten Personenzuges, der von Duisburg kam. Es wurden ungeheure Verletzungen angerichtet. Die Waggons flogen in Stücke auseinander und Teile des Brückengeländers wurden abgerissen. 9 Tote und 40 bis 50 Verwundete sind bisher festgestellt. Unter den Verwundeten befinden sich auch Zivilpersonen. Sie wurden in das Hochfelder Marienhospital gebracht. Ob sich der Sprengkörper bereits im Zuge befunden oder ob er auf den Schienen gelegen hat, ist bisher noch nicht aufgeklärt.

Ein neuer Mord.

Düsseldorf, 1. Juli. Agence Havas meldet aus Düsseldorf: Gegen Mitternacht sei in Herden, südwestlich von Neekinghausen, durch eine Schildwache vor der Wohnung des Kommandanten eine Zivilperson durch einen Schuß getötet worden, weil sie sich angeblich geweigert habe, weiterzugehen.

Die sieben Todesurteile.

Paris, 1. Juli. Havas berichtet aus Düsseldorf: Die vom Kriegsgericht in Mainz wegen Sabotage zum Tode verurteilten sieben Deutschen haben gegen das Urteil Revision eingelegt.

Deutscher Reichstag.

Sitzung vom 2. Juli.

Der Fehrenbachprozess im Reichstage.

Der Reichstag, der nach kurzer Pause in dem Juli Monat wieder zusammengetreten war, setzte zunächst den Fehrenbachprozess über die Fehrenbach-Interpellation der Sozialdemokraten zu behandeln. Vor Eintritt in die Tagesordnung macht der Präsident v. Seeliger die aufseherregende Mitteilung, daß der Abgeordnete Moll der Volkspartei, wegen der Duisburger Eisenbahnexplosion als Geisels inhaftiert worden ist. Der Präsident sagte zu, daß alle Schritte getan werden würden, um den Abg. Moll zu befreien, und er gab selbst zu, daß den Franzosen gegenüber, die eben erst wieder 7 Deutsche zum Tode verurteilt haben, wenig Hoffnung bestehe, daß sie den Akt der Gerechtigkeit und des Rechts vollziehen würden. Das Haus gab derselben Ansicht lebhaften Zustimmung Ausdruck. Daraufhin wurde nun in die Tagesordnung eingetreten. Der sozialdemokratische Abgeordnete Dittmann begründete breit und ausführlich die Fehrenbach-Interpellation seiner Partei. Der Journalist Fehrenbach in München habe bekanntlich eine Denkschrift Erbergers aus dem Herbst 1914 über die deutschen Kriegsziele an das Ausland verkauft. Deswegen wurde der Angeklagte aber nicht verurteilt, weil die Münchener Räteregierung ebenfalls diese Denkschrift veröffentlicht hatte. Mit 11 Jahren Zuchthaus wurde aber Fehrenbach bestraft, weil er das sogenannte Rittlertelegramm einem Schweizer Journalisten verkauft hatte, der es im Pariser Journal veröffentlichte. Es handelt sich hier um ein Telegramm des bayerischen Vertreters beim Vatikan vom 24. Juli 1914, also unmittelbar vor dem Weltkrieg. In diesem Telegramm wird erklärt, daß der Papst nach dem Attentat von Sarajewo eine Kriegserklärung für selbstverständlich gehalten, und daß das Telegramm im Jahre 1919 nur noch historischen Wert gehabt habe, jedoch die Verurteilung ein Justizverbrechen sei. Das Urteil müsse umgestimmt ausfallen werden. In Beantwortung der Interpellation erklärt zunächst der bayerische Gesandte Dr. von Preger, daß die bayerische Regierung dem Urteil gegenüber nur rechtsmäßige und tatsächliche Gesichtspunkte in den Vordergrund stelle. Bei einem Vergabigungsgefühl sei gründliche Prüfung aller Verhältnisse zugelegt worden. Ein Gnadengesuch Fehrenbachs liege aber noch nicht vor. Wenn es eingehe, wird eine gründliche Nachprüfung vorgenommen werden. Reichsjustizminister Dr. Heinze wies darauf hin, daß das Urteil auf Grund der mündlichen Verhandlungen ergangen sei, die hier unbekannt seien. Das bayerische Oberlandesgericht wird die Angelegenheit nachprüfen. Der Reichstag könne das nicht. Der Minister stellte dann fest, daß das Rittlertelegramm tatsächlich schädlich gewirkt habe. Am Dienstag wird die Weiterberatung fortgesetzt.

Aus aller Welt.

— (Hohle Holzpreise.) Bei der Eichenholzverpreisung in der Oberbayerischen Freizeitung (Nürnberg) betrug der Gesamtverlust 1590 Millionen, der höchste Ertrag für eine einzige Woche 30 Millionen Mark.

— (Wirbelsturm.) Nach der seit Wochen andauernden Hitze brach am Dienstag in New-York ein Wirbelsturm los, bei dem mehrere Personen getötet und viele verletzt wurden. Zahlreiche Häuser wurden schwer beschädigt.

Einige alte Leute waren gestorben, einige Kinder geboren worden, es ging alles in der musterhaften Ordnung weiter, wie sie seit Jahrhunderten in dem Neffauer Ländchen üblich ist.

Unter die Geborenen zählten auch die beiden Sprößlinge von Georg Fürst und seiner Margret, von denen der Ältere, ein fleischhafter, dicker Bub, schon von einem Stuhl zum anderen krabbelte, und wenn ihn die Eltern auf das Kinderfüßchen setzten, solange unter Zetergeschrei mit den dicken Beinchen strampelte, bis man ihn wieder auf den Boden gestellt hatte, wo er unermüdlich seine Gehversuche mit augenscheinlich immer größerem Erfolge fortsetzte.

Das Neißkädchen war erst drei Wochen alt und lag meistens, nachdem es seinen Appetit an der Brust der kernhaften Mutter gesättigt hatte, wie ein runder Ball friedlich schlummern in der, im sogenannten Alkoven stehenden, mit buntemwollenen Bettzeug ausgestatteten Wiege, nur manchmal, wenn es wieder Durst verspürte, ein Gebrüll von sich gebend, das die vielbeschäftigte Mutter, selbst wenn sie in den entferntesten Räumen des Hauses beschäftigt war, unermüdlich überhörsen konnte.

Heute nun, am Sonntag, sollte dieser kleine Prinz gerufen werden.

Die Eltern hatten zu dem feierlichen Akte Röschen schriftlich als „God“ (Taufpate) eingeladen, und das Röschen war vor einer Stunde bereits enttroffen, nachdem es den künstlichen Weg von Wiesbaden aus zu Fuß zurückgelegt hatte. Vor schwer war es ihr gelungen, einen zweitägigen Urlaub zu erhalten; Frau von Halbenwang war an ihre Dienste so gewöhnt, daß sie das Ansuchen Röschens rundweg abschlug. Privatangelegenheiten, die eine so entscheidliche lange Zeit in Anspruch nahmen, dürften von ihren Diensthilfen, die sie gut bezahlte, nicht erledigt werden.

Sicherlich, sagte sie, würde das kleine Balg auch ohne die Patein gekauft werden können.

Erst als Röschen mit bittenden Worten ihr nahe legte, daß eine Verweigerung der Patenenschaft nach heimlicher Sitte gleichbedeutend mit unersöhnlicher Feindschaft mit ihrem einzigen Bruder und dessen Frau sei, hatte sie murrig eingewilligt, unter der Bedingung, daß der Urlaub auch nicht um eine Minute überschritten werden dürfe.

Beim Abschied hatte die fellsame Frau dem Mädchen dann ein Goldstück in die Hand gedrückt, mit dem Bemerkungen: „Hier, das lege dem kleinen Schreibhals von mir in die Wiege, und jetzt verschwände etwas plötzlich, damit Du zur rechten Zeit wieder da bist.“

Fortsetzung folgt.

ters beim Abschied zu denken, der ihn beiseite führte und ihm zurante: „Philipp, lang mir kaa fest Bekanntschaft an, es muß e Fraa mit Geld ins Haus, wenn Du von de Presse zurückkommst, tu ich Dich explizieren. Denk in dene drei Jahr als emol an die Lenzingers Marie!“

Diese Gedanken gingen ihm durch den Kopf, als er nach dem Schluß des Dienstes auf der Mannschäftsstube vor dem langen Tische saß und mit energischem Reiben die Röhre seines Rockes blank putzte. Sergeant Peters hatte ihn beauftragt, in der Stadt eine Bestellung auszurichten, und eine Bevorzugung seitens des Vorgesetzten, denn das Ausgehen in die Stadt war den Rekruten noch untersagt.

Philipp freute sich königlich darauf, sie zum ersten Mal in den Straßen als Soldat zeigen zu dürfen. Als er mit dem kurzen Säbel an der Seite zum Kasernenort hinausstrat, war er sich in Brust, als wollte er fragen: Was kostet Mainz? Das ernste Leben und Treiben auf den Straßen fesselte sein Interesse auf das Höchste; wäre nicht sein Auftrag gewesen, und hätte er nicht seine volle Aufmerksamkeit darauf verwenden müssen, daß er im Himmelswillen nicht verläume, vorübergehende Offiziere und Unteroffiziere zu grüßen, so wäre er gern Stundenlang an den glänzenden Schaufenstern vorbeispankter, so aber mußte er darauf bedacht sein, nach kurzer Zeit wieder nach der Kaserne zurückzukehren und Meldung über die ausgeführte Befehlsabfertigung abzugeben. Da sah er, die Ludwigstraße hinlaufend, auf einmal eine mit zwei Rapen bespannte Equipage sich entgegen kommen, in welcher ein älliches Fräulein neben einem einfach gekleideten Mädchen saß. Eräume er denn? Das war ja Röschen Fürst, an welche er im Wagen und Träumen denken mußte! Jetzt wendete sich das liebe Gesicht nach ihm, er sah, wie eine Purpurblüte darüber flog. Eilig flog seine Hand an die Stirn; da war das Gesicht schon verbei. Hatte sie ihn erkannt? Hatte sie seinen Gruß erwidert?

Wie träumend ging der junge Soldat seiner Wege, als die Equipage verschwunden war.

Ein befremdendes Gefühl war über ihn gekommen: Röschen war — er hatte es deutlich genug gesehen — bei seinem Anblick tief errietet, vielleicht hatte sie ihn doch noch gern.

8.

Ueber zwei Jahre waren verlossen. In Westerbahn hatte sich wenig verändert. Bei den paar hundert Seelen, die das kleine Dorf zählte, waren eben auch wenig einschneidende Veränderungen in dem Gepräge, das die Gemeinde trug, zu erwarten.



